

Politischer Jahresbericht

## Mittlerer Osten 2008



**Beirut**

**Regionalbüro Mittlerer Osten, 2008**

Von Layla Al-Zubaidi

März 2009

## **Inhalt**

<b>Libanon</b>	<b>3</b>
<b>Irak</b>	<b>4</b>
<b>Syrien</b>	<b>5</b>

## **Libanon – Zerbrechlicher Frieden**

Im ersten Halbjahr 2008 war der Libanon weiter von der erbitterten Konfrontation zwischen der pro-westlichen Regierung von Ministerpräsident Fuad Seniora und der syrisch/iranisch unterstützten, aus den schiitischen Parteien Hisbollah und Amal und der christlichen „Freien Patriotischen Bewegung“ gebildeten Opposition beherrscht. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung, die den regionalen Konflikt zwischen pro-westlichen und auf Ausgleich mit Israel setzenden Staaten (Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien) und einem auf Konfrontation ausgerichteten Lager (Iran, Syrien sowie nichtstaatliche Akteure wie Hamas und Hisbollah) widerspiegelt, waren die Institutionen des libanesischen Staates bereits seit November 2006 weitgehend gelähmt, die Legitimation der amtierenden Regierung umstritten und das Präsidentenamt seit November 2007 vakant. Intensive internationale und regionale Vermittlungsbemühungen blieben erfolglos.

Der Konflikt eskalierte im Mai 2008, als Hisbollah eine Entscheidung der Regierung zur Demontage eines durch die Partei betriebenen separaten Telekommunikationsnetzwerks als „Kriegserklärung“ auffasste und einen zeitgleich durch den Gewerkschaftsverband angesetzten Generalstreik zu Protestkundgebungen gegen die Regierung umfunktionierte, die schnell zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen (schiitischen) Unterstützern der Opposition und (sunnitischen) Parteigängern der Regierung führten. In der Folge attackierten paramilitärische Einheiten von Hisbollah und Amal Positionen von bewaffneten Regierungsanhängern (nach Darstellung der Opposition im Aufbau befindliche Protomilizen), die staatlichen Sicherheitskräfte griffen nicht ein. Mit Ausnahme von Tripolis führten die militärischen Auseinandersetzungen zu einer eindeutigen Niederlage des Regierungslagers; bewaffnete Oppositionsanhänger besetzten weite Teile von Westbeirut, entwaffneten die Regierungsanhänger und übergaben dann ihre Positionen (nicht jedoch ihre Waffen) der Armee.

Die daraufhin in der katarischen Hauptstadt Doha einberufene „Konferenz des Nationalen Dialogs“ spiegelte die veränderten Machtverhältnisse wider und setzte alle wesentlichen Forderungen der Opposition um. Eine Regierung der nationalen Einheit wurde gebildet in der die Opposition eine Sperrminorität erhielt. In der Folge konnte der vorgeblich neutrale Oberkommandierende der Streitkräfte Michel Suleiman (dessen Truppen jedoch zuvor der Opposition freie Hand gewährt hatten) zum Präsidenten gewählt werden, während der eigentliche Kern des Konflikts – das militärische Potential der Hisbollah und der Anspruch der Partei, autonom (bzw., nach Ansicht ihrer Gegner, gemäß syrischen und iranischen Vorgaben) militärisch zu handeln - zum Thema weiterer Sitzungen des Nationalen Dialogs erklärt und damit de facto auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Ab Juli 2008 konnte so eine weitgehende Normalisierung des Alltagslebens und der politischen Pro-

zesse erreicht werden, die zum Jahresende zunehmend unter dem Eindruck der für Juni 2009 angesetzten Parlamentswahlen standen. Entgegen der in der Folge der demokratischen Mobilisierung des Jahres 2005 geweckten Hoffnungen und in flagranter Missachtung eines unter intensiver Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeiteten und durch aufwendige (international finanzierte) PR-Kampagnen propagierten Gesetzesentwurfes wird auch bei diesen Wahlen wieder ein Gesetz zur Anwendung kommen, das keine angemessene Repräsentation ermöglicht, weit hinter internationalen Standards zurückbleibt, Manipulationen Tür und Tor öffnet und weitere Konflikte (am Wahltag selbst sowie in der Folge über die Legitimität der Ergebnisse) vorprogrammiert. Libanesischer Politiker haben ein weiteres Mal demonstriert, dass sie kurzfristigem Machtkalkül eindeutig mehr Bedeutung messen als demokratischen Normen.

Trotz solcher Vorbehalte hat sich das politische Klima in der Folge entspannt, über 18 Monate andauernde Bürgerkriegsängste haben sich verflüchtigt. In der Folge der Ereignisse hat sich die ohnehin vorhandene Geringschätzung vieler Libanesen für das politische System und seine Akteure weiter verschärft. Für die grundsätzlich mögliche Transformation solcher Frustrationsgefühle in Unterstützung für andere Formen von gesellschaftlichem Engagement fehlt es jedoch (mit wenigen Ausnahmen) an zivilgesellschaftlichen Akteuren mit der Fähigkeit zu weitreichender Mobilisierung. Die Mobilisierung konfessioneller Ressentiments während der vorangegangenen Konfrontation besonders zwischen Schiiten und Sunniten wirkt latent fort und während die *Anzahl* der politisierten Unterstützer beider Lager im Verlaufe der eineinhalbjährigen Krise zurückgegangen ist (dieses gilt jedoch kaum für Anhänger der Hisbollah) haben sich deren *Positionen* über diesen Zeitraum deutlich verhärtet. Für den Fall einer erneuten Verschärfung der regionalen Konfrontation kann ein Wiederaufflammen des Konflikts als sicher gelten.

## **Irak – Demokratie mit Fragezeichen**

Im Irak hat die amerikanische Aufstandsbekämpfungsstrategie – insbesondere die Rekrutierung und Ausrüstung von sunnitischen Stammesmilizen – zu einer weiteren Verbesserung der Sicherheitslage geführt. Ebenso konnten die autonomen militärischen Potentiale schiitischer Akteure – besonders der „Mahdi-Armee“ des Nachwuchsklerikers Muqtada Sadr – weiter zurückgedrängt werden. Trotz einer weiterhin fragilen Sicherheitslage (wie etwa die Gewalt in der nordirakischen Stadt Mosul im Sommer bezeugte) und der offenen Frage über zukünftige Rolle und Loyalitäten der neuen sunnitischen Milizen erscheint damit die Regierung von Premierminister Nouri El-Maliki zunächst gestärkt und nun auch für einen erheblichen Teil der sunnitisch-arabischen Bevölkerung akzeptabel. Mit der Verabschiedung des lange diskutierten Militärabkommens mit den USA, das zum ersten Mal eine

zeitlich überschaubare Perspektive für einen vollständigen Abzug der Besatzungstruppen vorsieht (2011) machte Maliki weiter Punkte bei Irakern mit nationalistischen Präferenzen, die außerhalb der kurdischen Gebiete eine deutliche Mehrheit in allen religiösen und ethnischen Gruppen stellen. Stimmungsmache gegen die irakische Regierung als „Marionette der USA“ wird damit zunehmend schwieriger. Malikis Zugewinn an politischer Statur und Erfolge im Sicherheitsbereich sowie Enttäuschung über die Rolle dezidiert religiöser bzw. konfessionsgebundener Parteien führte zu eindeutigen Erfolgen für Maliki und seine Verbündeten sowie für säkulare Parteien bei den Provinzwahlen Anfang 2009.

Trotz dieser relativ positiven Entwicklung steht die Zukunft des Irak als demokratischer Staat weiter unter großen Fragezeichen. So hat die mit der amerikanischen Strategie verbundene Stärkung von Stammesstrukturen in weiten Teilen des Landes vormoderne patriarchalische Strukturen wiederbelebt und lässt die Verfestigung konfessioneller Strukturen und der Abbau von Minderheitenrechten ein auf individuelle Rechte gegründetes Verständnis von Staatsbürgerschaft in weite Ferne rücken. Nach den erreichten Verbesserungen der Sicherheitslage steht die jetzige und jede zukünftige irakische Regierung nun vor der Herausforderung, die desolate Ökonomie und Infrastruktur sowie die ausufernde Korruption anzugehen. Die Situation und potentielle Rückkehr von insgesamt mehr als vier Millionen externen und internen Flüchtlingen birgt enorme Konfliktpotentiale, gleiches gilt für die nach wie vor unklare Ausgestaltung der föderalen Struktur des Staates und die Beziehung zwischen den kurdischen und arabischen Bevölkerungsteilen. Positive Potentiale sind in der erkennbaren Abwendung erheblicher Teile der Bevölkerung von religiös und konfessionell konstituierten Parteien zu erkennen (dieses gilt jedoch nicht für die ethnisch konstituierten Parteien in den kurdischen Gebieten), die einen größeren Spielraum für eine zivilgesellschaftlich-staatsbürgerlich ausgerichtete Mobilisierung zumindest in den größeren Städten möglich erscheinen lässt.

## **Syrien – Auspielen der Opposition**

Im vergangenen Jahr hat das syrische Regime die seit 2006 verfolgte Taktik periodischer und exemplarischer Repression gegen Aktivisten für Reform und Meinungsfreiheit fortgesetzt. Besonders die Unterzeichner der so genannten „Damaskus-Erklärung“ (Herbst 2005) und der „Beirut-Damaskus-Erklärung“ (Frühjahr 2006) bleiben im Visier der Behörden. Im Gegensatz dazu zeigt sich die syrische Opposition weiterhin uneins und wenig handlungsfähig. In Syrien selbst trägt dazu die Effizienz des staatlichen Repressionsapparates bei, jedoch auch die anhaltende Furcht säkularer Oppositioneller – deren politische Sozialisation oft in marxistischen Parteien stattgefunden hat – vor einem möglichen Erstarren islamistischer Gruppen. Das syrische Regime nutzt solche Ängste

taktisch geschickt sowohl innen- als auch außenpolitisch, präsentiert sich selbst als Bollwerk gegen radikalen Islam und irakische Verhältnisse, während es zugleich loyale Islamisten im eigenen Lande kultiviert und auf regionaler Ebene mit Hilfe islamistischer Akteure wie Hisbollah und Hamas sicherstellt, dass Versuche zu einer Wiederbelebung des Friedensprozesses Syriens Interessen berücksichtigen müssen. Erkennbare Bemühungen der Europäer und nun auch der USA zu einer Verbesserung der Beziehungen mit Damaskus lassen befürchten, dass Menschenrechte auf der Agenda dieser Akteure weiter nach hinten rutschen werden und das syrische Regime mit der Opposition nach Belieben verfahren kann.